

1:12-Initiative aus Sicht der Unternehmen

«Die Initiative nützt niemandem»

Die meisten Schweizer Unternehmen halten nichts von der 1:12-Initiative. Das bestätigt auch eine Umfrage des Branchenverbands Swissmem. Weshalb genau? Welche Konsequenzen würden die Firmen bei einer Annahme befürchten? Wir haben dazu – stellvertretend für die Arbeitgeber in der MEM-Industrie – Rolf Sonderegger befragt, der das Winterthurer Unternehmen Kistler führt. **Daniela Baumann**

Soll künftig der Staat anstelle der Sozialpartner über die Löhne in den Unternehmen entscheiden? Was die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie von der Forderung der Jungsozialisten nach einer staatlichen Regulierung und Beschränkung der Löhne hält, hat der Branchenverband Swissmem mit einer Umfrage bei seinen Mitgliedfirmen ermittelt. Das Verdikt ist klar: Von den 160 antwortenden Betrieben lehnten 91 Prozent die 1:12-Initiative ab. Notabene, ohne dass sie von einer Annahme direkt betroffen wären. 82 Prozent der Unternehmen gaben an, dass sie ihre Lohnstruktur nicht verändern müssten, dass also das Verhältnis zwischen ihrem höchsten und ihrem tiefsten Lohn ohnehin kleiner als der verlangte Faktor zwölf ist.

Die Hauptargumente gegen die Initiative sind aus Sicht der MEM-Betriebe, dass sie kein staatliches Lohndiktat wollen (88 Prozent) und einen grossen administrativen Aufwand befürchten (81 Prozent). Die Industrie hätte eben auch die indirekten Auswirkungen der Initiative erkannt, deutet Swissmem-Präsident Hans Hess die ablehnende Haltung. Er verweist insbesondere auf die finanziellen Ausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen, die auch von den Unternehmen kompensiert werden müssten.

Fördern – statt behindern

Auch die Kistler Gruppe in Winterthur hat gute Gründe, einen staatlichen Eingriff in ihre Lohnpolitik abzulehnen. Das mittelständische Exportunternehmen entwickelt und produziert Sensoren, Elektronik und Software vorwiegend für die Automobilindustrie. Für CEO Rolf Sonderegger ist klar: «Der Staat hat die Aufgabe, Gesetze zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer



Rolf Sonderegger befürchtet Mehraufwand:
«Wie würden die Löhne kontrolliert?»

Unternehmen zu erlassen. Stattdessen würde er uns das Leben, das im Umfeld der Automobilindustrie schwer genug ist, mit 1:12 weiter erschweren.»

Konsequenzen hätte ein «Ja» zu 1:12 bei Kistler in dreierlei Hinsicht: «Wir müssten unser Lohnsystem insofern verändern, als wir die variablen und vom jeweiligen Geschäftsgang abhängigen Lohnanteile auf Management-Stufe anzupassen hätten», sagt Rolf Sonderegger. Die Fixlöhne wären dagegen nicht tangiert. Darüber hinaus rechnet er im Fall einer Annahme der 1:12-Initiative mit Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie mit zusätzlichem Aufwand: «Mir ist nicht klar, wie der Staat die Einhaltung der Lohnvorschriften in den Unternehmen kontrollieren wollte.» Sonderegger sieht die Verantwortung für anständige Löhne bei den Unternehmern selber und fragt: «Woher nimmt sich jemand das Recht, über andere zu bestimmen?»

Kistler, 1959 in Winterthur gegründet, ist heute in über 50 Ländern tätig und beschäftigt gut 1200 Mitarbeitende. Die Löhne werden unter Berücksichtigung

des europäischen Lohnniveaus sowie des Arbeitskräfte-Angebots für die jeweilige Stelle festgesetzt, wobei als Benchmark die lokalen Verhältnisse herangezogen werden.

Vertrauen ist die beste Basis

Wie wichtig dem Management von Kistler der Erhalt der unternehmerischen Freiheit ist, zeigt sich auch in der Tatsache, dass es die anstehenden Abstimmungen wie jene zur 1:12-Initiative an betriebsinternen Veranstaltungen sowie in der Mitarbeiterzeitschrift zum Thema macht. «Dies, obwohl wir uns grundsätzlich zu einer politisch neutralen Unternehmensführung bekennen», so CEO Sonderegger. Auf aufklärerische, ausgewogene Art und Weise werden die interessierten Mitarbeitenden über Inhalt und Konsequenzen der 1:12-Initiative informiert.

Entscheidender als die Information ist gemäss Rolf Sonderegger aber die Beziehung zwischen dem Arbeitgeber und seinen Mitarbeitenden: «Sie ist in einem inhabergeführten Unternehmen, wie wir es sind, von gegenseitigem Vertrauen und Sicherheit geprägt.» Die Mitarbeitenden wüssten, dass sie nicht um ihre Stelle bangen müssen. Denn es liege auch im Interesse ihres Arbeitgebers, den Werkplatz Schweiz und die Arbeitsplätze in Winterthur zu erhalten. Der Unternehmer könne sich seinerseits auf seine Angestellten verlassen: «2009 nahmen unsere Mitarbeitenden Lohn-einbussen wegen Kurzarbeit in Kauf, damit wir die Krise ohne Stellenabbau überstehen konnten.»

Sondereggers Fazit mit Blick auf die Abstimmung Ende November: «Die Initiative der Jungsozialisten schadet nur und nützt niemandem – ausser dass sie die Neidgefühle der Initianten stillt.» ■